

SPD-Programmdiskussion : Plädoyer für eine grundlegende Systemreform : verändern bringt mehr als kontrollieren

Autor(en): **Hartmann, Horst**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **67 (1988)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

den direkt betroffenen Regionen akzeptiert werden. Träfe dies nicht zu, müssten sie gegen den Widerstand der Regionen durchgesetzt werden. Dies könnte den inneren Frieden im Land gefährden... Vorausgesetzt wird ferner, dass sich auch im Ausland keine Kernenergiekatastrophe mit schwerwiegenden Auswirkungen ereignet, welche Konsequenzen auch

auf das schweizerische Kernenergieprogramm hätte.» Dabei sind noch nicht einmal die Folgewirkungen der im Nachgang zu den Atommülltransportverbrechen geforderten «schärferen Kontrollen» absehbar. Wie weit muss etwa das Umfeld von Atomkraftwerkangestellten überwacht werden, damit Bestechung und Korruption ausgeschlossen,

oder doch mindestens frühzeitig erkannt werden können?

Nach einer Umfrage der «Schweizer Illustrierten» vom Januar 1988 sind zwei von drei Befragten für einen Verzicht auf neue Atomkraftwerke, ein Viertel spricht sich gar für eine Stilllegung der bestehenden Werke aus. Nur noch eine Gruppe von 8 Prozent will drinbleiben.

SPD-Programmdiskussion: Plädoyer für eine grundlegende Systemreform

Verändern bringt mehr als kontrollieren

Horst Hartmann über Peter von Oertzens Diskussionsbeitrag

Seit dem Herbst 1984 diskutiert die SPD den «Irseer Entwurf» für ein neues Parteiprogramm. Zu denen, die sich nicht damit begnügen, griffige Formeln beizusteuern, sondern zunächst versuchen, die Veränderungen in der Gesellschaft zu erkennen, zählt Peter von Oertzen, Mitglied des Parteivorstandes und der Programmdiskussion. Er hat ein Papier vorgelegt, das Denkansätze enthält und Diskussionen befruchten könnte, gerade weil er darauf verzichtet, endgültige Thesen zu formulieren.

Peter von Oertzen, bekannt als Verfechter sozialistischer Ziele, hält Staat, Regierung, Verwaltung und Parlament zwar für überwiegend wichtige Institutionen politischen Handelns, aber er verweist gleichzeitig auf die wachsende Bedeutung alternativer Gruppierungen. Damit stellen sich selbstkritische Fragen an Sozialdemokraten. Beispielsweise die, ob an die Stelle einer bürokratischen Sozialpolitik nicht mehr «Hilfe als Selbsthilfe» möglich sein kann, zumal sich überlieferte Sozialstrukturen auflösen. Zu fragen wäre, ob wir uns einem «Kapitalismus ohne Klassen» nähern und wie Selbstentfaltung mit dem Prinzip der Solidarität in Einklang zu bringen ist.

Zentrale Bedeutung kommt dem zukünftigen Verhältnis von SPD und Gewerkschaften zu, und zwar deshalb, weil die

Ausgangssituation überprüft werden muss. Gibt es überhaupt noch eine geschlossene Arbeitnehmerschaft oder Arbeiterklasse? Zählen die Grünen dazu, die zwar nicht so stark organisiert sind wie die SPD, aber deutlich stärker als CDU und FDP? Wohin gehören Ingenieure, Techniker, denen eine besondere Mittlerrolle zwischen Tarifangestellten und Managern zukommt? 14 Prozent der Angestellten in technisch hochentwickelten Betrieben wählen immerhin die Grünen. Das deutet darauf hin, dass Grundsatzprobleme wie Frieden, Umwelt, Technik, Gleichberechtigung an Bedeutung zunehmen und womöglich wichtiger werden als Arbeit, Beruf, Mitbestimmung und Einkommen. «Geht es um die Befreiung von der Arbeit oder in der Arbeit, oder um beides?» Das sind Fragen, die beantwor-

tet werden müssen. Die angestrebte Lösung der Probleme verlangt eine Entscheidung darüber, ob als Voraussetzung dazu das kapitalistische Wirtschaftssystem verändert werden muss oder ob eine politische Kontrolle ausreicht, bei der im Prinzip alles beim alten bleibt. Es geht – wie Oertzen darlegt – um die alte Streitfrage zwischen Eduard Bernstein und Rosa Luxemburg, ob eine gerechtere Gesellschaftsordnung mit oder gegen den Kapitalismus durchgesetzt werden soll. Ähnliches gilt für die Funktion von Staat und Partei, um den Gegensatz von Zentralismus und Basisdemokratie, um Grundsatzfragen, über die schon Karl Marx und Michael Bakunin stritten.

Für Oertzen stellt der Hinweis von Marx «... die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft» ist «in der politischen Ökonomie zu suchen» einen Schlüsselsatz dar, weil er Schlussfolgerungen ermöglicht, wenn man sich zunächst über die Unzulänglichkeit des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells verständigen kann. Für den «Seeheimer Kreis» – einen Zusammenschluss des rechten SPD-

Flügels – gilt nach wie vor das Godesberger Rezept: «Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig.» Die Auflösungserscheinungen des gesamten Sozialgefüges lasten die Seeheimer nicht der bestehenden Wirtschaftsordnung an, sondern lediglich «falschen politischen Entscheidungen». Peter von Oertzen genügt diese optimistische Haltung nicht, da er die krisenhafte Entwicklung seit 1974 als «Weltkrise» der kapitalistischen Gesellschaft versteht, vergleichbar mit den Folgen der grossen Depression von 1929. Schliesslich befindet sich die westliche Welt in einer Situation mit ausbleibendem Wachstum, zunehmender Dauerarbeitslosigkeit und einer sich verschärfenden Finanzkrise. Die Instabilität des US-Dollars, die daraus resultierenden Finanzspekulationen und die Überschuldung der Dritten Welt können jederzeit eine Lawine auslösen, die «in einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft umschlägt». Niemand kann ernsthaft bestreiten, dass der Börsencrash vom vergangenen Herbst ein Menetekel darstellte.

Das vom Kapitalismus verfolgte Ziel eines ständigen Wachstums hat überdies einen Grenzwert erreicht und kann jederzeit durch verheerende Zerstörungen überschritten werden. Ausserdem ist die Existenz der Menschheit durch die Atomtechnik, chemische Vergiftung und Gen-Manipulation bedroht.

Ein derartiges Konfliktbündel muss zwangsläufig zu politischen Auflösungserscheinungen führen und sie verschärfen, weil die angepriesenen neokonservativen Rezepte keine Heilkraft besitzen. Auch die übliche Marktdefinition liefert ein Beispiel für den Irrationalismus. Die Güterproduktion richtet sich längst nicht mehr nach den Bedürfnissen, son-

dern ausschliesslich nach Gewinn- und Absatzchancen. Die menschliche Arbeitskraft ist zur Ware degradiert und ökonomischen Regeln des Kapitals untergeordnet. Der Widerspruch zwischen dem Kostenfaktor Arbeit und der Massenkauflkraft ist ebenso ersichtlich wie die letzten Endes zu Katastrophen führende Rüstungspolitik.

Peter von Oertzen verweist auf Symptome des «Ungleichgewichts», nämlich die spekulative Kapitalverwendung, die häufig vor Kapitalinvestitionen rangiert. Da die gegenwärtige Sozialstruktur zu krasser Ungleichheit geführt hat und ihre einseitige Machtkonzentration die politische Demokratie unterminiert, erscheinen Reformen innerhalb des Systems schwierig bis unmöglich. Oertzen will sich daher nicht mit einer Anpassungsstatik zufrieden geben. Wenn Korrekturen nicht innerhalb der bestehenden Regeln zu verwirklichen sind, dürfen nicht die Ziele reduziert werden. Stattdessen geht es darum, «Strukturen zu durchbrechen».

Seine entscheidende Konsequenz lautet daher: «Sozialdemokratische Politik kann sich nicht nur auf Reformen im Kapitalismus beschränken, sondern sie setzt sich die Schaffung einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zum Ziel. Als Mittel zum Zweck dienen unterschiedliche Methoden, eine Mischung von Privat- und Gemeineigentum, Wettbewerb und Planung, Unternehmerinitiative und Sozialstaat, Mitbestimmung und Selbstverwaltung.»

Als unmissverständliche Ziele dieser anzustrebenden «Wirtschaftsdemokratie» nennt Peter von Oertzen «sinnvolle Arbeit für alle, soziale Sicherheit, Selbstbestimmung in Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und Freizeit, gleiche Lebenschancen

und gleichwertige Lebensbedingungen für alle; Erhaltung und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen, Sicherung und Ausbau der Demokratie.»

Um das zu erreichen, müssen vordringlich folgende Probleme gelöst werden: Gleichstellung der Frau, Umverteilung der Arbeit, Ausbau einer Grundsicherung, aktive Umweltpolitik, Humanisierung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, Lösung von Strukturkrisen, Ausbau öffentlicher Dienstleistungen.

Oertzen warnt aber auch davor, Hoffnungen auf eine grundlegende Veränderung der Verhältnisse zu wecken, die nicht erfüllt werden können: «Die Spuren der gescheiterten sozialliberalen Regierung sollten schrecken!» Ob sie es unter ähnlichen bundespolitischen Aspekten tut, erscheint zweifelhaft. Gegenwärtig stellt eine Neuauflage der Koalition Schmidt-Genscher nach der Absage auf eine rot-grüne Mehrheit die einzige Möglichkeit dar, die Union abzulösen. Aber tagespolitische Sandkastenspiele sollten einen politischen Opportunismus nicht fördern. Denn eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen sowie eine bessere Industrie- und Strukturpolitik zielen auf eine Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die nur gegen die Eigengesetzlichkeit des Systems durchgesetzt werden können. Dazu bedarf es eines konkreten Konzeptes, damit die SPD nicht rascher scheitert als 1982. Oertzen ist der Auffassung, dass es wichtiger wäre, statt grossspuriger Kongresse über die «Zukunft der Aufklärung» zu veranstalten, «ein paar grundlegende Einsichten in ökonomische und politische Zusammenhänge in die Köpfe der Menschen zu bringen».

Schliesslich bestimmt allein die Investitionspolitik der Grossunternehmen das Schicksal aller, und aus einer Analyse dieser Investitionen ergeben sich Antworten für andere gesellschaftspolitische Probleme, wie die Energiepolitik, Arbeitsplatzbeschaffung, Sicherung des Sozialstaates. Mit «Rahmenbedingungen» ist das nicht zu schaffen, auch nicht mit den bisherigen Regelungen für die Mitbestimmung, was sich daran zeigte, dass die Belegschaften der Montanindustrie keinen Einfluss auf arbeitsplatzerhaltende Investitionsentscheidungen besitzen. Um das Ziel einer Wirtschaftsdemokratie gegen massive Obstruktionsversuche des Besitzbürgertums zu erreichen, bedarf es praktischer Massnahmen, um die Beeinflussung von Kapitalbewegungen. Planung darf dabei

kein Selbstzweck werden, denn freie Unternehmerinitiative und Wettbewerb bleiben in weiten Bereichen Voraussetzung für eine funktionsfähige Wirtschaft, die nicht auf Rentabilität verzichten kann.

Es geht im Vorfeld eines neuen Parteiprogramms nicht um weltanschauliche Debatten, wohl aber um praktische Lösungsvorschläge. Noch einmal Peter von Oertzen: «Die Frage ist, ob sich die Einsicht durchsetzt, dass wir nicht menschlicher und freier arbeiten und leben können, solange wir nicht selber über unsere Arbeit und unser Leben bestimmen, sondern kleine, unkontrollierte Wirtschafts- und Machteliten über uns bestimmen lassen – und die geheimnisvollen Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft.» Dem ist wohl nichts hinzuzufügen...

gendlichen Glauben bezog, dass es selbst unter *diesen* neuen, sehr komplexen Bedingungen für ihn so weitergehen könnte, wie es mit Sicherheit in Deutschland weitergegangen wäre, wenn die Nationalsozialisten die Macht nicht übernommen hätten. Er wäre dann den Weg des jungen, hoffnungsvollen, begabten Schriftstellers weitergegangen, der bereits hie und da Erzählungen in Zeitungen, etwa der «Vossischen», veröffentlicht hatte.

Ins Land der Väter gekommen, deren Religion ihm wenig bedeutete, behielt er die Augen offen, verschloss sie vor nichts, was um ihn herum geschah – und beschrieb es; schrieb auf in der Hoffnung, es gäbe Interessenten für seine individuellen, stets durch Recherchen untermauerten Beobachtungen über ein Land, in dem wie kaum irgendwo anders nicht nur zwei Gegensätze aufeinanderprallten. Ein Glück, so kann man aus heutiger Sicht sagen, dass er es sich nicht nur damals aufgeschrieben, sondern auch für später – für sein Buch «Kein Talent für Israel» – gemerkt hat. Im Gegensatz zu jenen, denen es entweder, wie Danziger einmal schreibt, um «Grossmuttergeschichten» aus dem Stätl Osteuropas oder aber um Propaganda für einen noch in der Ferne liegenden Staat Israel ging, in der alles und jedes beschönigt und nivelliert wurde. Aber es ging doch ganz anders zu.

Weder von den Grossmuttergeschichten noch von taktischer Literatur wollte Danziger etwas wissen. Er wollte vorwärts. Stattdessen wurde er angehalten, stehenzubleiben, abzuwarten, zu schweigen, schliesslich ein Gewehr in die Hand zu nehmen, was er in Ermangelung besserer Aussichten nicht ohne Widerwillen tat. Er blieb stehen, hoffte weiter, so etwas wie der hellhörige Chronist je-

Carl-Jacob Danzigers Zeit in Palästina

Kein Talent für Israel

Von Alain Claude Sulzer

«Was nun begann, waren die Jahre, in denen ich so lebte wie die Menschen, deren Leben ich früher nur beobachtet und studiert hatte. Ich studierte nicht mehr für literarische Zwecke den Hass der andern. Ich gelangte zu meinem eigenen Hass. Und der spiegelte sich in meinem Gesicht.»

Der Weg von der Beobachtung des Hasses der andern zum sehr viel quälenderen, nicht selten alles vergiftenden eigenen Hass war nicht besonders weit und gewiss alles andere als ein Pfad beleidigter Eitelkeit. Dieser Hass, der sorgfältig begründet wird und dem das Wort Enttäuschung vielleicht gerechter würde, verfolgte den sensiblen jungen Carl-Jacob

Danziger, der mit 25 Jahren, 1934, nach Palästina auswanderte und zu seinem Erstaunen feststellen musste, dass es in der Fremde, zumal in dieser Fremde, zwar möglich war, mit offenen Augen und offenen Ohren durch die Welt zu gehen, nicht aber, das Gesehene und Gehörte mit derselben Offenheit wiederzugeben. Zu dieser Erkenntnis war es ein kleiner Schritt; der von mehreren niemals oder doch nur zum Teil veröffentlichten Reportagen über Palästina.

Es war ein Hass, der seine Nahrung nicht aus der Überheblichkeit des aus dem kultivierten Westen geflohenen jungen Schnösel, sondern aus dem vielleicht naiven, jedenfalls ju-